

Bildung ist ein globales Menschenrecht!

Wir fordern ein BAföG für Alle!

Zwei Drittel aller Studierenden leben unterhalb der Armutsgrenze. Mehr als ein Drittel kann keine unerwarteten größere Ausgaben tätigen. Etwa zwei Drittel müssen neben dem Vollzeitstudium einer oder mehreren Nebentätigkeiten nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Durchschnittlich etwa ein Fünftel lebt aus finanziellen Gründen bei den Eltern. Psychische Erkrankungen (wie Burnout, Depression, Angststörungen, Medikamentenabhängigkeit, Suizidalität, etc.) sind unter Studierenden teilweise um ein Drittel erhöht gegenüber Vergleichsgruppen der Durchschnittsbevölkerung.

Dies ist nicht nur ein gravierendes Problem für alle unmittelbar Betroffenen, die in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit noch immer vornehmlich als „Privilegierte“ wahrgenommen werden, die sich „mal nicht so haben sollten“. Es ist zudem ein sozialpolitisches Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt und eine bildungspolitische Hypothek wachsenden Ausmaßes für eine Wissensgesellschaft im 21. Jahrhundert, die für ihre Fortentwicklung auf die stetige akademische Höherqualifizierung ihrer Bevölkerung fundamental angewiesen ist. Studierende machen gesellschaftlich unverzichtbare geistige Arbeit, die deshalb auch gesellschaftlich finanziert werden muss.

Geld ist genug da!

Das „BAföG für Alle“ würde auf aktuellem Stand, wenn alle rund 4 Millionen Studierenden, Azubis und Schüler über 18 Jahren es komplett in Anspruch nähmen, etwa 57,6 Milliarden Euro jährlich kosten. Die 40 DAX-Konzerne schütten 2024 Dividenden aus in Höhe von geschätzten 54,6 Milliarden Euro aus. Dividenden – das heißt vom jeweiligen Unternehmensgewinn abgesonderten Privatrenditen der Aktienbesitzer: innen – „Leistungsloses Einkommen“ par excellence! Zugleich wird für Aufrüstung und Krieg unheimlich viel Geld destruktiv verschwendet: Circa 89 Milliarden Euro werden dieses Jahr für die Bundeswehr ausgegeben – ein Rekordwert – ein Plus von 21 Milliarden gegenüber dem letzten Jahr.

Wir, der Bundesverband Ausländischer Studierender, fordern: „BAföG für Alle“!

- Der Regelsatz muss existenzsichernd sein, das heißt bedarfsdeckend gemessen an den Lebenshaltungskosten. Dafür lässt sich ein pauschaler Grundbedarf von 1.200 Euro monatlich veranschlagen, der alle anfallenden Kosten (inkl. Miete) abdeckt und inflationsgebunden wächst.
- Diese Grundförderung muss als Vollzuschuss, d.h. ohne Rückzahlpflichten, gewährt werden.
- Die Förderungshöhe muss kontinuierlich an die Inflation angepasst werden.
- Die Förderung muss für alle Studierenden, Auszubildenden und Schüler:innen gewährleistet sein.

Wissenschaft kennt keine Grenzen!

Produktiver Erkenntnisgewinn gelingt nur in internationaler Kooperation. Insbesondere zur Lösung der globalen Probleme (bspw. Klimakatastrophe, Ungleichheit – rund 900 Millionen Menschen leiden unter Hunger, während die Weltbevölkerung 2,5 Mal ernährt werden könnte – Militarisierung der internationalen Beziehungen, Gesundheitskrisen), die mehrheitlich in den entwickelten Industrienationen geschaffen werden, kann es gar nicht genug „Wissensabfluss“ in die Gesellschaften des globalen Südens geben. Auch wird keines der hiesigen Probleme dadurch gelöst, dass man irgendjemand- dem die Möglichkeit zur wissenschaftlich qualifizierten Weltaneignung auf Höhe der Zeit verwehrt. Im Gegenteil: Gerade internationale Studierende bringen mitunter entscheidende Denkanstöße, neue Perspektiven oder teilweise vorher komplett unbekannte Lösungsansätze in die wissenschaftliche Debatte ein und tragen damit in besonderer Weise zum allgemeinen Erkenntnisfortschritt bei.

Bildung ist ein unteilbares, universelles Menschenrecht!

Die Verknüpfung der Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Studiums mit einem Finanzierungsnachweis in Höhe des BAföG-Höchstsatzes für ein Jahr – also 11.300 Euro – ist eine rassistische Diskriminierung, die überwunden werden muss. Sie dient dazu, permanent unter noch schärferen Anpassungsdruck zu setzen. Nach 500 Jahren Kolonialismus und gewaltsamer Ausbeutung des globalen Südens ist die rechtliche Gleichstellung von internationalen und „einheimischen“ Studierenden bei der Studienförderung das Minimum dessen, was man auch nur ansatzweise „Bildungsgerechtigkeit“ nennen könnte.